

Gesundheit braucht Politik

verein
demokratischer
ärztinnen und
ärzte



Zeitschrift für eine soziale Medizin

Nr. 1/2018 | Solibeitrag: 5 Euro



Ambulante Versorgung

Zu viele Altlasten im Gepäck?

Bernhard Winter: Editorial	3
Hartmut Reiners: Organisierte Verantwortungslosigkeit. Bedarfsplanung und Sicherstellung der medizinischen Versorgung	4
Thomas Gerst: »... dass wir allen Grund haben, uns zu freuen.« Rückblick des DÄB auf das Kassenarztrecht von 1955	7
Wolfgang Wodarg: Es ginge auch anders... – Integrierte Regionalbudgets für eine gute pflegerisch-medizinische Grundversorgung	9
Nicht nur für die Patient*innen gut... – Interview mit Wolfram Nagel zur MFA-Sprechstunde in seiner Hausarztpraxis in Norddeutschland	13
Gerhard Trabert: »Armut ist die schlimmste Form von Gewalt« – ambulante aufsuchende Gesundheitsversorgung sozial benachteiligter Menschen	14
Daniel Ketteler: Back to Kotti. Ein Plädoyer für eine sozialere Medizin	18
Volker Amelung / Ferdinand Gerlach u.a.: »Patient first!« – Auszüge aus einer Studie über eine patientengerechte sektorenübergreifende Versorgung im deutschen Gesundheitswesen	22
Bündnis Krankenhaus statt Fabrik: Bewertung der gesundheitspolitischen Festlegungen im Koalitionsvertrag CDU-CSU/SPD 2018	24
Wulf Dietrich: Sind Globuli wirklich alles? Leserbrief zum Artikel »Esoterik in Zucker« in GbP 4/17	28
Rina: »Die schon wieder...« – Rollenbilder und Sexismus im Klinikalltag	30

Der vdää

ist bundesweit organisiert; er setzt sich für die Demokratisierung der Strukturen der ärztlichen Standesvertretung ein und versucht, Einfluss zu nehmen auf die Gesundheitspolitik.

Sollten Sie von uns informiert werden wollen, so setzen Sie sich bitte mit unserer Geschäftsstelle in Verbindung. Gerne können Sie sich auch online über den neuen vdää-Newsletter auf dem Laufenden halten. Die Zeitschrift »Gesundheit braucht Politik« ist die Vereinszeitung, die viermal jährlich erscheint. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Vereinsmeinung wieder.

»Gesundheit braucht Politik – Zeitschrift für eine soziale Medizin« – im Abonnement

Die Zeitschrift des vdää ist inhaltlich längst mehr als eine reine Vereinszeitschrift. Wir machen vier Themenhefte pro Jahr zu aktuellen gesundheitspolitischen Problemen, die sich hinter anderen gesundheitspolitischen Zeitschriften im deutschsprachigen Raum nicht verstecken müssen. Vereinsmitglieder bekommen die Zeitschrift kostenfrei zugesandt.

Wer nicht Vereinsmitglied ist, hat die Möglichkeit, die »Zeitschrift für eine soziale Medizin« zum Preis von 26 Euro oder als Studentin oder Student für 10 Euro im Jahr zu abonnieren. Ein Probeabo besteht aus zwei Ausgaben und kostet ebenfalls 10 Euro.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle: info@vdaee.de

Redaktion

Thomas Kunkel, Eva Pelz,
Nadja Rakowitz, Andrea Schmidt,
Bernhard Winter

Impressum

Gesundheit braucht Politik 1/2018
ISSN 2194-0258
Hrsg. vom Verein demokratischer
Ärztinnen und Ärzte
V.i.S.d.P. Thomas Kunkel / Bernhard
Winter

Bilder dieser Ausgabe

pixabay.com
Titelbild: pixabay.com

Geschäftsstelle:

Kantstraße 10, 63477 Maintal
Telefon 0 61 81 – 43 23 48
Mobil 01 72 – 1 85 80 23
Fax 0 61 81 – 49 19 35
Email info@vdaee.de
Internet www.vdaee.de

Bankverbindung: Postbank Frankfurt,
IBAN: DE97500100600013747603
BIC: PBNKDEFFXXX

Satz/Layout: Birgit Letsch
Druck: Druckerei Grube

Editorial

Verfolgte man die Mainstream-Medien in den letzten Monaten, konnte man den Eindruck gewinnen, dass die größte Misere dieser Republik darin bestand, dass sie bloß von einer geschäftsführenden Regierung verwaltet wurde. Dabei wäre dieser Zustand doch einmal eine schöne Gelegenheit gewesen, die Lehre der (früh-) bürgerlichen Philosophie, dass das Parlament die Regierung kontrolliert und nicht umgekehrt, in die Praxis umzusetzen und als Parlament demokratisch zu arbeiten und das ein oder andere fortschrittliche Gesetz zu erlassen... Mit der erneuten Bildung einer großen Koalition wurde bekanntlich die alte Ordnung wieder hergestellt. Fügsam wie die SPD nun einmal ist, hat sie sich nach der Verkündung der Regierungsbildung geradewegs verabschiedet von einer Änderung bzw. Streichung des § 219a StGB, also von einer Aufhebung des Verbots der »Werbung« für Schwangerschaftsabbrüche, für die es eine parlamentarische Mehrheit gegeben hätte. Dies zeigt aber auch, welchen Einfluss die selbsternannten »Lebensschützer« auf diese Regierung haben.

Der von CDU/CSU und SPD ausgehandelte Koalitionsvertrag befasst sich auch mit zahlreichen gesundheitspolitischen Vorhaben - durchaus auch mit einigen Überraschungen: Mit der Festlegung von einer Mindestpersonalanforderung für alle bettenführenden Stationen ist der Protest vieler Beschäftigter im Gesundheitswesen der letzten Monate und Jahren in der Bundespolitik angekommen. Thomas Böhm hat sich für das *Bündnis Krankenhaus statt Fabrik* die Absprachen der Koalitionär*innen angesehen und diese einzeln kommentiert. Vieles bleibt im Vagen, alles hängt natürlich von ihrer konkreten Umsetzung ab. Als Gesundheitsminister wurde der eher ruhig werkelnde Hermann Gröhe von dem lauten, ehrgeizigen Jens Spahn abgelöst. Von einem Minister, der ein Armutsproblem in diesem Land schlicht negiert, sind keine solidarischen Lösungen zu erwarten.

Einen gänzlich anderen Blick auf die medizinische Versorgung von Armut Betroffener entwickelt in dieser Ausgabe von *Gesundheit braucht Politik* Gerhard Trabert in seinem Beitrag. Er ist ein eindrückliches Plädoyer dafür, den Blick auf gesellschaftliche Ursachen von Krankheiten Armer zu schärfen. Er analysiert, warum für Teile der Bevölkerung der Zugang zum Gesundheitswesen eingeschränkt ist und wie dem abgeholfen werden kann.

Daniel Kettler beschreibt aus der Sicht des Kliniklers den erschwerten Zugang sozial benachteiligter Gruppen zu einer adäquaten ambulanten sozialpsychiatrischen Versorgung. Manche seiner Thesen erscheinen dabei diskussionswürdig. Eine Diskussion, die wir aufnehmen wollen.

Ebenfalls aufnehmen wollen wir eine Diskussion über Sexismus im Krankenhaus. Wenn man den Bericht der jungen Ärztin Rina in dieser Ausgabe liest, hat man den Eindruck, dass sich am Sexismus besonders im OP in den letzten Jahrzehnten nichts verändert hat. Auch hier ist noch viel zu tun.

Mit der Ökonomisierung des ambulanten Pflegewesens seit Einführung der Pflegekassen beschäftigt sich Wolfgang Wo-

darg und beschreibt die systembedingte Hilflosigkeit der Patient*innen und ihrer Angehörigen sowie der Kolleg*innen in den Pflegeberufen. Er sieht das Gesundheitswesen auf einem Weg, der dazu führen wird, dass die gesamte Versorgung von der ambulanten Medizin, über Akutkrankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen sowie ambulanter und stationärer Dauerpflege von Konzernen unter Profitgesichtspunkten gemanagt werden wird. Dem stellt Wodarg seine Forderung nach Rekommunalisierung der Gesundheitsversorgung entgegen. Leuchtturmprojekte in denen sektor- und professionsübergreifend zusammengearbeitet wird, stellen für ihn Regionalbudgets dar, wie es sie in einigen Landkreisen Norddeutschlands für die psychiatrische Versorgung gibt. Die Forderungen nach kooperativen Versorgungsstrukturen und integrierter Bedarfsplanung greift auch Hartmut Reiners in seinem Beitrag auf und entwickelt sie zu konkreten Forderungen an die politischen Akteure weiter.

Ein interessantes Positionspapier der Friedrich-Ebert-Stiftung, das wir in kurzen Auszügen abdrucken, fokussiert auf den Abbau der strikten sektoralen Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung und versucht dabei, die Sicht der Patient*innen einzunehmen.

Diese Problematik sowie andere Themen der ambulanten Versorgung werden uns im vdää dieses Jahr vermehrt beschäftigen. Am 9. Juni 2018 werden wir zur Vertiefung der Diskussion mit anderen Gruppen einen Fachtag in Hamburg durchführen (Interessent*innen können sich in der Geschäftsstelle melden). Das Ziel ist, einen kontinuierlichen Diskussionszusammenhang zu Problemen der ambulanten Versorgung aufzubauen. Auch das gesundheitspolitische Forum im Rahmen der Jahreshauptversammlung des vdää vom 16.-18.11.2018 in Köln wird sich schwerpunktmäßig mit diesem Thema befassen.

Bernhard Winter

Neue Homepage des vdää

Liebe Mitglieder, vielleicht haben Sie es ja schon bemerkt: Der vdää hat eine neue Homepage. Sie ist übersichtlicher und einfacher in der Benutzung: <http://www.vdaee.de/>

Vor allem aber ist unsere Zeitschrift nun besser zu finden. *Gesundheit braucht Politik* hat jetzt eine eigene Homepage. Dort finden sich alle Ausgaben seit dem Jahr 2013 mit allen Texten. Die neueste Ausgabe wird – wie bisher – erst nach einem halben Jahr komplett ins Netz gestellt. Schauen Sie es sich an und geben Sie uns ein Feedback: <http://gbp.vdaee.de/>



Liebe LeserInnen und Leser von
Gesundheit braucht Politik,

wenn Sie ***Gesundheit braucht Politik*** gerne vollständig lesen wollen

- und **nicht Mitglied des vdää** sind, dann abonnieren Sie gerne die Zeitschrift (4 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von 26 Euro, Studierende zum Preis von 10 Euro.
- Als **Mitglied des vdää** bekommen Sie die Papierfassung der Zeitschrift immer per Post und auf Anfrage schickt Ihnen die Geschäftsstelle auch die vollständige pdf-Datei per Mail.
- Wenn Sie es zunächst mit einem Probeabo versuchen wollen (2 Ausgaben à 10 Euro), dann setzen Sie sich mit uns in Verbindung.

Mehr Informationen in der Geschäftsstelle des vdää:

Tel: 06181 – 432 348

info@vdaeae.de